



## Brief aus Berlin

Antje Tillmann informiert

Brief aus Berlin 7/2011  
April 2011

### Deutschland importiert Strom

Seit die Bundesregierung sieben Atomkraftwerke vorübergehend stillgelegt hat, ist Deutschland auf Stromimporte angewiesen. Das berichteten diese Woche mehrere große Zeitungen. Vor dem Moratorium seien 70 bis 150 Gigawattstunden Strom pro Tag exportiert worden. Seit der Abschaltung würden pro Tag im Schnitt 50 Gigawattstunden importiert. Die Stromflüsse aus Frankreich und Tschechien hätten sich verdoppelt.

Frankreichs Strom kommt zu 80 Prozent, Tschechiens Strom aus 34 Prozent aus Kernkraft.

---

### Weltmeister im Energiesparen werden

Wollen wir möglichst schnell aus der Atomkraft aussteigen, müssen wir nicht nur den Ausbau der Erneuerbaren Energien beschleunigen, sondern auch massiv Energie einsparen.

Großes Potential hierfür besteht vor allem im Gebäudebereich, denn 40 Prozent unserer Energie verbrauchen wir in öffentlichen und privaten Gebäuden für Heizung, Warmwasser und Beleuchtung. Zwangsregelungen zur energetischen Sanierung gängeln und überfordern die Eigentümer und treiben die Mieten in die Höhe. Deshalb setzt die Bundesregierung auf gezielte Anreize. Das CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramm ist ein geeignetes und bewährtes Instrument. Die Menge der mit diesem Programm pro Jahr eingesparten Energie entspricht etwa der Energieproduktion von zwei Kernkraftwerken. Bis heute wurden 7,1 Mrd. € eingesetzt und damit 2,5 Mio. Wohnungen gefördert. Zudem werden bis zu 340.000 Arbeitsplätze geschaffen bzw. gesichert und jedes Jahr der Ausstoß von 4,7 Mio. Tonnen klimaschädlichem CO<sub>2</sub> vermieden.

Diese Erfolgsgeschichte gilt es fortzuschreiben. Bisher ist vorgesehen, die Programmmittel ab dem kommenden Jahr vollständig aus dem Sondervermögen „Energie und Klimafonds“ zu schöpfen, der sich wiederum aus Abgaben der Kernkraftwerksbetreiber speist.

---



Wie sich angesichts der neuen Sachlage diese Fondszuflüsse tatsächlich entwickeln, ist kaum absehbar.

Die Wochen der Haushaltsberatungen müssen dazu genutzt werden, Wege zu suchen, wie die Finanzierung des CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramms auch zukünftig gesichert werden kann.

---

### Berufsbildungsbericht mit guten Nachrichten

Der Berufsbildungsbericht 2011 zeigt, dass sich die Ausbildungslage für junge Menschen in Deutschland weiter verbessert hat. Das wieder einsetzende kräftige Wirtschaftswachstum, eine vorausschauende Personalpolitik der Unternehmen sowie der demografisch bedingte Rückgang der Ausbildungsstellenbewerber sind hierfür wesentliche Gründe.

Die Zahl der angebotenen Ausbildungsstellen lag 2010 deutlich höher als vorausgesagt. Auch konnten trotz demografisch bedingtem Nachfragerückgang mehr neue betriebliche Ausbildungsverträge als im Vorjahr geschlossen werden, bundesweit waren es 519.030. Daher ging trotz des bewussten Zurückfahrens von geförderten außerbetrieblichen Ausbildungsverträgen die Gesamtzahl aller Ausbildungsverträge nur marginal um 0,8 Prozent auf 560.073 Verträge zurück. Die Zahl der Altbewerber reduzierte sich spürbar, zwischen 2008 und 2010 um fast 30%. Und auch die Zahl der jungen Menschen im so genannten Übergangssystem verringerte sich.

---

### Der Euro bleibt stabil

Auf dem Europäischen Rat haben die Staats- und Regierungschefs ein umfassendes Maßnahmenpaket verabschiedet, das die wirtschaftspolitische Überwachung der EU stärkt und die dauerhafte Stabilität des Euro-Währungsgebiets insgesamt gewährleisten wird. Nach der Griechenlandhilfe und dem Euro-Rettungsschirm wird ab Juni 2013 ein dauerhafter Stabilisierungsmechanismus unsere gemeinsame Währung stärken. Dieser soll jedoch nur "ultima ratio" sein, also nur eingesetzt werden, wenn die gemeinsame Währung als Ganze in Gefahr gerät. Die betroffenen Länder müssen sich zu klaren Sparvorgaben verpflichten.

Der Schirm soll mit effektiv 500 Mrd. € für den Notfall ein tragfähiges Rettungsnetz sein. Deutschland wird sich mit knapp 22 Mrd. € an den 80 Mrd. € umfassenden direkten Einlagen des ESM beteiligen.

Unterdessen hat das hochverschuldete Portugal einen offiziellen Antrag auf Milliardenhilfen der EU eingereicht. Die EU-Kommission hat den Antrag am Donnerstagabend erhalten. Wie viel Finanzhilfe Lissabon benötigt, ist noch nicht klar. Bevor das Geld fließen kann, muss Portugal allerdings ein neues striktes Sparprogramm vorlegen.

### Wettbewerb „Bildungschancen“ gestartet

Ab sofort sind Bildungsinstitutionen, -projekte und -initiativen aufgerufen, sich beim bundesweiten Wettbewerb „Ideen für die Bildungsrepublik – Gemeinsam für mehr Bildungschancen“ zu bewerben. Ziel des Wettbewerbs ist es, Projekte auszuzeichnen, die sich in vorbildlicher Weise für die Bildungsgerechtigkeit bei Kindern und Jugendlichen einsetzen. Durch den Wettbewerb soll das Augenmerk auf bereits bestehendes gesellschaftliches Engagement gelenkt werden.

Eine Jury von Bildungsexperten wählt 52 der besten „Bildungsideen“ aus, die in partnerschaftlicher Kooperation für ein kontinuierliches Bildungsengagement eintreten. Der Wettbewerb ist Teil der von Bundesbildungsministerin Prof. Dr. Annette Schavan ins Leben gerufenen „Allianz für Bildung“.

Auf [www.bildungsideen.de](http://www.bildungsideen.de) können sich **ab sofort bis 16. Mai 2011** Initiativen, Institutionen und Vereine bewerben, die folgende Kriterien erfüllen: Engagement für Bildungsgerechtigkeit, Vernetzung verschiedener Akteure, Vorbildcharakter und Nachhaltigkeit.

### Rettung der Commerzbank ohne Verlust

Die Commerzbank will ihre in der Krise aufgelaufenen Schulden beim Bund mit einem Schlag fast vollständig loswerden. 14,3 Mrd. €, das sind 88,3 Prozent der stillen Einlage des staatlichen Bankenrettungsfonds SoFFin von 16,2 Mrd. €, wird die Commerzbank noch im Juni ablösen.

Außerdem leistet die Commerzbank an den SoFFin eine Einmalzahlung von 1,03 Mrd. €, anstelle von Zinszahlungen. Da die Finanzierungskosten des Bundes unter diesem Betrag liegen, hat der Steuerzahler sogar einen kleinen Gewinn gemacht. Spätestens 2014 sollten dann auch die restlichen stillen Einlagen von 1,9 Mrd. € zurückgezahlt werden.



Der arbeitsmarkt- und sozialpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Karl Schiewerling, informierte über die Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitnehmerrechte in der Zeitarbeit.

### Aufschwung kommt bei den Arbeitnehmern an

Im vierten Quartal 2010 sind die Tariflöhne real um 1,5% gegenüber dem Vorjahreszeitraum gestiegen. Dies ist der zweithöchste Anstieg in drei Jahren, und er fällt um 1,1 Prozentpunkte höher aus als im Boomjahr 2008. Besonders stark stiegen die Löhne in der Eisen- und Stahlindustrie der neuen Bundesländer. Hier einigten sich die Tarifparteien auf Erhöhungen von 3,6% ab 1. Oktober 2010 sowie eine Pauschale von 150 €.

Ich wünsche allen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern eine Umkehr vom Niedriglohntrend!

### Impressum

Antje Tillmann MdB

[antje.tillmann@bundestag.de](mailto:antje.tillmann@bundestag.de)

Redaktion: Johannes Nehlsen, 8 April 2011